

Ohne Zweifel eine eindrucksvolle Szene: Da tritt ein 83-jähriger Mann, weltbekannt durch seine für uns kritikwürdige Philosophie, bekannt als einer der führenden Ideologen der westdeutschen Bundesrepublik, der bis zur Rechtfertigung der Atombewaffnung ging, vor das deutsche Volk und erklärt, daß dieses Staatswesen, das er noch immer für das seine hält, sich „von der Demokratie zur Parteienoligarchie, von der Parteienoligarchie zur Diktatur“ wandelt, daß durch diese Wandlung die Kriegsgefahr erheblich gesteigert wird.

Das „unheimlich Bleibende“

Nicht ohne innere Bewegung liest man den letzten Abschnitt des Buches: „Wer als Deutscher alt geworden ist, hat es zweimal erlebt (1914 und 1933) und fürchtet, daß es sich zum dritten Mal wiederholen könnte. Es ist in allem Wandel der Erscheinung etwas unheimlich Bleibendes. Nur die Deutschen, die sich dessen bewußt werden, können es überwinden.“

Dies „unheimlich Bleibende“ vermag Jaspers allerdings nicht aufzustellen. Er versucht es durch den Gegensatz von „Vaterlandspartei“ und „Freiheitspartei“ zu erfassen, ohne allerdings seinen Begriffen eine historisch-konkrete Charakteristik zu geben.

„Im Ersten Weltkrieg“, schreibt Jaspers, „bildeten sich eine Vaterlandspartei und eine Freiheitspartei. Die Vaterlandspartei siegte... und führte in die große Niederlage.“ Wer aber, so fragen wir, war die Freiheitspartei? War ihr Kopf und ihre Stimme nicht Liebknecht? „In der Weimarer Zeit wuchs der Geist der Vaterlandspartei... zur Staatsfeindschaft und trieb in den Nationalsozialismus Hitlers.“ Wer aber war die Kraft, die am entschiedensten gegen diese Entwicklung wirkte? War es nicht die deutsche Arbeiterklasse? „In der Bundesrepublik“, fährt Jaspers fort, „siegt die Vaterlandspartei fast unmerklich, indem sie den Staat selber umbildet.“ Und die deutsche Freiheitspartei? Hat sie nicht in der Deutschen Demokratischen Republik einen weltgeschichtlichen Sieg errungen?

„Es geht ein tiefer Riß durch die Denkungsart des deutschen Volkes. Es war längst da, als es im ersten Weltkrieg so deutlich und erschreckend zum Ausdruck kam. In diesem Riß kann der Deutsche nur auf der einen Seite stehen, entweder auf der der politischen Freiheit oder auf der der unpolitischen Brutalität des sturen maßlosen Eigenwillens, unbereit zum Hören auf Gründe und zum Denken, verkleidet in vermeintlich „patriotische“ absolute Machtinteressen. Wer in diesem Entweder-oder unklar bleibt, hier einen Kompromiß zu finden glaubt und nicht bei den äußersten Fall zum Bürgerkrieg bereit ist, hat sich in der Tat schon der unpolitischen Gedanklosigkeit der Vaterlandspartei unterworfen, ohne es zu wissen und zu wollen.“

Der hier zum Ausdruck gebrachten entschiedenen Abkehr von der Vaterlandspartei, seiner Position, die den radikalen Kampf gegen dieselbe fordert, können wir unsere Achtung nicht verwehren. Daß Jaspers allerdings gerade hier, wo es um eine klare Charakteristik der „Vaterlandspartei“ und der „Freiheitspartei“ um eine konkrete Analyse der deutschen Geschichte geht, in ideologischen Konstruktionen flüchtet, ist bedauerlich.

Denn was ist denn das, was Jaspers das „unheimlich Bleibende“ oder die „Vaterlandspartei“ nennt? In seiner Antwort auf die Frage, wohin die Politik der Erhard-Regierung treiben wird, kommt er dem Wesen der Sache sehr nahe. Im Anschluß an die Feststellung, daß sich die Bundesrepublik auf Grund ihrer aggressiven Politik immer mehr isoliert, sagt er: „Erhard wird, wenn er sein bisheriges Verhalten fortsetzt, die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Es wird wahrscheinlich geschehen, was die Unternehmer wollen.“ (Brop. v. d. A.) Nur ihr Begehren nach den Gesetzen für den inneren Notstand, um durch ihn die Arbeiter vollends in Abhängigkeit zu bringen, wird hoffentlich nicht erfüllt. Doch es bleibt die Gefahr: Der Weg zur stärkeren Herrschaft der Unternehmer, der Parteienoligarchie, am Ende der Weg zur Diktatur und gesteigerten Kriegsgefahr koexistieren.“

Das „unheimlich Bleibende“, die „Vaterlandspartei“, die das deutsche Volk zweimal in verheerender Kriegsgefahr stürzte und sich, wie Jaspers sieht, zum dritten Male anschickt, das deutsche Volk zu verderben, ist – wie wir wissen – nichts anderes als der politische Ausdruck der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals, des Imperialismus.

Die Bedrohung des Friedens geht von Bonn aus

Jaspers hat nur zu gute Gründe für seine Befürchtung, daß von deutschem Boden wieder ein Krieg ausgehen könnte. Das Wesen dessen, was er die „Vaterlandspartei“ nennt, hat sich doch, trotz aller Formwandlung, nicht geändert. Wozu sich erklärt, warum es in Westdeutschland zu keiner wirklichen Friedenspolitik kommen konnte. Es erfolgte, wie Jaspers mit Bitterkeit feststellt, weder eine totale Abrechnung

mit der faschistischen Vergangenheit noch die Anerkennung der im Gefolge der totalen Niederlage des imperialistischen Deutschlands in Europa geschaffenen Realitäten. Die verhängnisvolle Kontinuität der Herrschaft der von Jaspers charakterisierten unbeherrschbaren, rationalen Argumenten nicht zugänglichen, die eigenen Potenzen immer wieder überschätzenden Kräfte bewirkt eben heute, daß die Bonner Regierung, die im Gefolge des zweiten Weltkrieges entstandenen sozialistischen Staaten und ihre unverrückbaren Grenzen nicht anerkennt Ihre rechtlich völlig unbegründeten, politisch aber verbrecherischen Ansprüche auf Rechtsabheit und Alleinvertretungsrecht für das Gebiet innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 stellen die größte Gefahr für den Frieden in Europa dar. Kann doch der Sinn dieses großwahnsinnigen Anspruchs nur darin gesehen werden, die bestehenden Grenzen zu revidieren und die sozialistische Deutsche Demokratische Republik in den Herrschaftsbereich der westdeutschen Monopole einzuverleiben. Dieser zur Staatsdoktrin erhobene Revanchismus wird auch von Jaspers als „Ursprung der Kriegsgefahr“ angesehen. Er ist klug genug einzusehen, daß hier verlangt wird, „was unmöglich zu erreichen ist.“ Er plädiert für den Status quo und qualifiziert die Nichtanerkennung desselben durch die Bonner Regierung als „eine Bedrohung des Friedens.“¹⁰ Aus dieser Sicht erscheint ihm die revanchistische Politik der westdeutschen Regierung bar jeglicher gehaltvoller Prinzipien. Er vermag nur sture, dogmatische Erklärungen in ihr zu entdecken. Die Hallstein-Doktrin, noch immer Eckpfeiler der offiziellen Bonner Politik, qualifiziert er daher nicht als Politik, sondern als „Hemmung der Politik“.¹¹

Jaspers teilt die nunmehr auch in Westdeutschland zunehmende Einsicht, daß die Sowjetunion den Frieden will, daß das Gerüde von der Bedrohung durch den Osten plattler, inhaltlicher Antikommunismus ist, das nur die eigenen Bestrebungen zur „Neuordnung Europas“ verdecken soll. Allerdings gerät er hierbei in einen frappierenden Widerspruch. Seine außenpolitische Forderung, daß dem Bündnis der Bundesrepublik mit den USA der Vorzug gegenüber dem Bündnis mit Frankreich zu geben sei, begründet er damit, daß nur die USA instande sind, Westdeutschland zu schützen; also mit einer These, die er an anderer Stelle selber ad absurdum führt.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich Jaspers zu einer klaren Verurteilung der amerikanischen Aggression in Vietnam

durchringen könnte, was ihm zweifellos auch das Verhältnis des deutschen Volkes zu den USA im neuen Lichte erscheinen ließe.

Trotzdem liegt der Hauptakzent der jasperschen Analyse auf der Feststellung, daß, soll der Friede in Europa erhalten bleiben – zweifellos ein Grundanliegen des Philosophen –, die Bonner Politik grundsätzlich geändert werden muß.

Dies fordert denn auch Jaspers für die Innenpolitik.

Notstandsgesetze — Instrument der Militärdiktatur

Jaspers ist in seinem Buche radikal wie nie zuvor; das heißt, er versucht, bis zu den Wurzeln vorzudringen. Die Angst vor dem Kommenden, die Sorge um den Menschen schärfen seinen durch ein langes Leben erfahrenen Blick. Ganz im Gegensatz zu seiner Philosophie, die in der Angst den Weg zur „Existenzheilung“ sieht, diese aber scharf von der wissenschaftlichen „Sachkenntnis“ trennt, treibt hier die Sorge zur Erkenntnis der realen politischen Sachverhalte.

Was Jaspers so klar in den Blick bekommt, ist der Umstand, daß das Schicksal der deutschen Demokratie nach 1945 unlösbar mit einem radikalen und endgültigen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit verknüpft war und immer noch ist. „Ein Weiterleben nach dem Nazistat“, so schreibt er, „setzt eine geistige Revolution voraus, eine stillschweigende Revolution auf geistigem Grund.“¹² Ohne Zweifel ist der radikale Bruch mit der faschistischen Ideologie, der Sieg antifaschistischer demokratischer Gedanken wesentliche Voraussetzung für den Sieg der Demokratie. Die geistige Revolution ist ohne eine notwendige, längst aber nicht hinreichende Bedingung für die Herbeiführung einer demokratischen Ordnung.

Angesichts der Forderung nach einer geistigen antifaschistisch-demokratischen Revolution, die Jaspers mit Dringlichkeit und letzter Hoffnung erhebt, ist die gewaltige Bedeutung jenes geistigen Befreiungsprozesses zu ermessen, der sich unter Führung der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der DDR vollzogen hat. „Wir sind glücklich“, erklärte Walter Ulbricht, „feststellen zu können: Die Mehrheit jener, die zu Millionen den verlogenen Parolen der faschistischen Führung glaubten, sind heute gebildet, selbstbewußte Mitglieder der neuen so-

zialistischen Lebens. Unsere Partei vermochte, das Bewußtsein des Volkes zu verändern, weil sie die Kraft hatte, das Sein zu verändern.“¹³

Jaspers beklagt, daß die westdeutsche Bundesrepublik eine „uniformierte Gesellschaft“ sei, in der Denken nicht gefragt und so Demokratie unmöglich wird. „Man kann kaum behaupten, daß in der Bundesrepublik eine politische Willensbildung des Volkes stattfindet. Die Unkenntnis der meisten ist erschreckend groß. Die Parteien informieren und unterrichten das Volk nicht und erziehen es nicht zum Denken.“¹⁴ Wenn aber, wie Jaspers kritisiert, die westdeutsche Bevölkerung von den „die großen Schicksalsfragen betreffenden Entscheidungen ausgeschlossen ist“, wenn das Volk ihre Beantwortung „über sich ergehen lassen“ muß, ja wenn es oft gar nicht merkt, „daß etwas und wie es entschieden wird“ – dann kann von Demokratie keine Rede mehr sein. Unter diesen Bedingungen werden auch die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen zu einer Farce. Die Westdeutschen, schreibt Jaspers, „wählen alle vier Jahre eine ihnen vorgelegte Liste, aber sie wissen nicht eigentlich was.“¹⁵

Daß das Denken und das Wissen um die Grundfragen der deutschen Politik in Westdeutschland nicht entwickelt ist, liegt daran, daß Denken und Wissen der Herrschaft des Monopolkapitals alles andere als dienlich ist. Es liegt an den westdeutschen Machtverhältnissen. Diese lassen keinen lebendigen demokratischen Geist zu.

Ganz anders bei uns, wo die Arbeiter und Bauern die Macht haben. Hier sind „Denken ist die erste Bürgerpflicht“ und „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ zur Staatsdoktrin erhobene Forderungen. Hier stellt insbesondere unsere Partei immer wieder die „großen Schicksalsfragen“ unseres Volkes in den Mittelpunkt der Diskussion.

Es liegt also nicht am Denken, wenn nicht gedacht wird. Es liegt an den gesellschaftlichen Verhältnissen, die es unterdrücken, hemmen aber auch fördern können. Ungeachtet dessen, daß Jaspers auf Grund seines idealistischen philosophischen Standpunktes diesen grundlegenden Aspekt nicht genügend zu würdigen weiß, bleibt doch seine Kritik der undemokratischen Verhältnisse in Westdeutschland eine verdienstvolle und mutige Tat.

Undemokratisch ist ihm die Kanzlerdiktatur und die faktisch nicht vorhandene Kontrolle der Regierung durch das Parlament. Undemokratisch ist für Jaspers das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands, weil, wie er hervorhebt, ein freies Volk will, „daß alle Kräfte offen zur Geltung kom-

Bemerkungen zu dem soeben erschienenen, bereits durch Vorabdrucke bekannt gewordenen Buch des westdeutschen Philosophen

Karl Jaspers



Wohin treibt die Bundesrepublik?

Von Dr. phil. Helmut Seidel und Dr. phil. Ulrich Geisler, Leipzig

westdeutschen Monopolkapitals und seiner Bonner Regierung so offensichtlich geworden ist, daß ein Konflikt selbst mit den schon auf imperialistischen Boden gewachsenen bürgerlichen Idealen von Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit unvermeidlich ist. Die „formierte Gesellschaft“, die die Manipulierung des Menschen, sein Geketteltsein an verdinglichte gesellschaftliche Strukturen, sein Ausgebeutet- und Unterdrücktsein durch das Monopolkapital, seine Entfremdung von echter Menschlichkeit auf die Spitze treibt, ruft die Intellektuellen, die sich eine humanistische Grundanschauung bewahrt haben – wie immer sie sie auch begründen mögen – auf den Plan. Ihre Opposition dem Bestehenden gegenüber ist der methodologische Schluß, der ihre Einsichten klarer macht. Weshalb es nicht nur zu gemeinsamen Ansichten kommen kann, sondern auch die Möglichkeiten des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz größer werden.

Was die zweite Frage betrifft, so ist bereits angedeutet worden, daß mancher Jaspersche Gedanke, konsequent zu Ende gedacht, in Widerspruch zu seiner Philosophie geraten müßte. So könnte etwa der Gedanke vom Kampf zwischen „Vaterlandspartei“ und „Freiheitspartei“ zu einer Geschichtsdiagnostik hinführen, die die bisherige Geschichtskonzeption, die eigentlich gar keine ist, weil sie das Geschichtsein des Menschen von seinem Eigentlichsein ausschließt, wesentlich modifizieren.

Im ganzen freilich gibt es keine Korrektur seines philosophischen Standpunktes. Im Gegenteil, er versucht ihn als Maßstab seiner Kritik fruchtbar zu machen. Das aber führt zur ersten Frage.

Um die Frage, wie die charakterisierte Jaspersche Kritik mit seiner Philosophie vereinbar ist, zu beantworten, muß die zwiespältige Rolle der Existenzphilosophie im System der imperialistischen Ideologie berücksichtigt werden. Der Existentialismus ist Ausdruck der Krise der bürgerlichen Welt und ihrer Kultur. Er ist die Permanenzklärung dieser Krise, nicht aber direkte Apologie der bürgerlichen Welt selber. Die Existenzphilosophie apologisiert nicht nur diese Krise, sondern drückt auch ihren Protest gegen sie aus. Das Wesen des menschlichen Daseins ist – in existenzieller Sicht – zwischen dem Verfallensein an das Nüchtere und dem Protest gegen diese Entfremdung eingeschlossen. Das menschliche Leben erscheint als der ständige Kampf, sich selber in einer sinnlosen Welt zu finden; ein Kampf allerdings, in dem es keinen Sieg gibt und der schließlich mit dem absoluten Nichts, dem Tode endet. Eine solche Denkstruktur ist durchaus geeignet, die Krisenmerkmale zu diagnostizieren. Sie ist wenig geeignet beim Suchen eines wirklichen Ausweges und scheidet ganz, wenn es ein neues menschliches Sein, den sozialistischen Menschen zu erfassen versucht.

Genau das wird auch in Jaspers' Buch deutlich. Es ist stark, wo es den krisenhaften Zustand der westdeutschen Bundesrepublik aufdeckt. Bei der Bestimmung von Aufgaben, deren Lösung zu seiner grundlegenden Veränderung führen könnte, beginnt schon das Zögern und Zaudern. Es wird absolut schwach, wo es die Stellung der Deutschen Demokratischen Republik und die Verhältnisse in ihr berührt.

Hier erweist sich eine philosophische Position als ein politisches Negativum. Ist doch ein Verkennen der gewaltigen Rolle, die die DDR bei der demokratischen Neugestaltung Westdeutschlands spielt, für die auch von Jaspers geforderte Umgestaltung selber verhängnisvoll. Niemand gegen die DDR, sondern nur mit der DDR kann es zu einer demokratischen Erneuerung Deutschlands kommen.

Ungeachtet der Einwände bleibt es Jaspers' Verdienst, mit seinem Buch „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ wirkungsvoll in die Diskussion um die demokratische Neugestaltung Westdeutschlands eingegriffen zu haben.

Sein Beitrag bleibt im Gespräch. Die Springer-Pressen werden gern; sie tut es schon. Wir werden weiter sachlich diskutieren.

Anmerkungen:

- ¹ Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? München 1966, S. 147
- ² ebenda, S. 121
- ³ ebenda, S. 122
- ⁴ ebenda
- ⁵ ebenda, S. 126
- ⁶ ebenda, S. 129
- ⁷ ebenda, S. 144
- ⁸ ebenda, S. 150
- ⁹ ebenda, S. 154
- ¹⁰ ebenda, S. 151
- ¹¹ ebenda, S. 150
- ¹² ebenda, S. 120
- ¹³ Walter Ulbricht: Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen. In: „Neues Deutschland“ vom 22. 6. 1959, S. 4
- ¹⁴ Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik, S. 1. O. S. 150
- ¹⁵ ebenda, S. 126
- ¹⁶ ebenda, S. 121
- ¹⁷ ebenda, S. 126
- ¹⁸ ebenda, S. 129

(Diesen Beitrag veröffentlichten wir mit freundlicher Genehmigung der „Universitäts-Edition“ der Karl-Marx-Universität Leipzig.)

Foto: EM/ADN